

## Der „Tunnel“ über die Donau

Die angepeilte Unterquerung der Donau ist zu schwierig und viel zu teuer

VON A. BINA UND M. JÄGER

Vor zwei Jahren beschloss die SP-Stadtregerung, dem unteren Ende des Freizeitparadieses Donauinsel eine lärmende Brückenquerung zu ersparen. Wiens sechste Donaubrücke möge als Tunnel unter die Donau vergraben werden, forderte die Ruster SP-Klausur.



Daraus wird mit größter Wahrscheinlichkeit nichts. Ende nächster Woche werden die letzten Expertisen vorliegen, die übereinstimmend aussagen, dass die Boden- und Grundwasserverhältnisse in der Gegend des Schwechater Ufers sowie unter der Donausohle, die in 50 Meter Tiefe unterquert werden müsste, zu schwierig sind.

Also wird nichts anderes übrig bleiben, als doch eine Brücke zu bauen. Eine Brücke, die komplett eingehaust wird. Ein „Tunnel über der Donau“ wie es Planungsstadtrat Rudolf Schicker diplomatisch formuliert. Damit könne er sich abfinden.

**„Noch nie wurde eine Trasse gegen den ausdrücklichen Wunsch des Landes realisiert.“  
Baudirektor Weber**

Nicht abfinden will sich Wien mit den Plänen der Straßenbaugesellschaften ASFINAG und ÖSAG, den anschließenden Lobau-Tunnel unter dem breitesten Abschnitt des geschützten Nationalparks zwischen dem Öltanklager Lobau und dem Stadtrand zu Groß Enzersdorf (Länge 4,5

Kilometer) zu bauen. Die Stadtregerung beharrt auf ihrem Vorschlag: Der an die sechste Brücke anschließende Tunnel soll die Lobau an der schmalsten, nur einen Kilometer breiten Stelle queren. Begründung: Diese Trasse würde Lüftungsbauwerke und Notausstiege im Nationalpark erübrigen. Das Grünparadies Lobau bliebe auch beim Bau völlig unbeeinträchtigt.

Dahinter steckt mehr: Nach der Lobau-Querung würde die Umfahrungsstraße auf den Freiflächen des ehemaligen Asperner Flugfeldes auftauchen. Das sollte eine Nutzung des lange schon brachliegenden Areals durch Betriebe begünstigen.

Opposition machen die Grünen (die überhaupt keine Wien-Umfahrung wollen) und die FP. Die Grünen wollen es beim Ausbau der Öffis bewenden lassen, die Blauen indes unterstützen das ASFINAG/ÖSAG-Projekt an der Stadtgrenze.

**„Die Trassenwahl ist Sache Wiens. Wir werden uns da sicher nicht einmischen.“ NÖ-LH Erwin Pröll**

Einwand der Stadt: Das Projekt an der Stadtgrenze würde im Nahbereich einer großen Eßlinger Einfamilienhaussiedlung auftauchen, während die stadtnähere Variante nur die Unterfahrung weniger Siedlungshäuser erzwingen würde.

Ursprünglich bevorzugte auch Niederösterreich die Stadtrand-Variante Eßling und Groß Enzersdorf. Mit dieser Linie machte Landeshauptmann Erwin Pröll Schluss. Am Dienstag bestätigte er dem KURIER, dass die Trassenwahl Landessache, also Wiener Sache sei. Er werde sich da nicht einmischen.

ASFINAG und ÖSAG wird nichts anderes übrig bleiben, als den Wiener Beschluss zu vollziehen. Baudirektor Gerhard Weber: „Noch nie wurde eine Trasse gegen den ausdrücklichen Wunsch eines Landes verwirklicht.“